

Amtliche Abkürzung:	EinbTestV	Quelle:	
Fassung vom:	05.08.2008	FNA:	FNA 102-1-3
Gültig ab:	01.09.2008		
Dokumenttyp:	Rechtsverordnung		

**Verordnung zu Einbürgerungstest und Einbürgerungskurs
Einbürgerungstestverordnung
Anlage 2 Rahmencurriculum für den Einbürgerungskurs**

(Fundstelle: Anlageband zum BGBl. I 2008 Nr. 35 Seite 141 bis 174)

Inhalt

	Seite
I. Übergreifende Zielvorstellung	144
II. Maßgaben für das Curriculum	144
1) Verknüpfung mit dem Integrationskurs / Orientierungskurs	144
2) Aufbau des Curriculums	145
3) Voraussetzungen auf Seiten der Teilnehmer	147
4) Methodisch-didaktische Prinzipien im Einbürgerungskurs	147
5) Kursumfang	149
6) Gestaltung der Unterrichtszeiten	149
III. Themenbereiche und Lernziele (Module)	151
Modul I: Einführung	151
Modul II: Leben in der Demokratie	152
Teil 1: Demokratie und Teilhabe an der politischen Gestaltung	152
Teil 2: Rechte und Pflichten	157
Teil 3: Konfliktlösung in der demokratischen Gesellschaft	161
Teil 4: Besonderheiten des Bundeslandes	164
Modul III: Geschichte und Verantwortung	166
Modul IV: Mensch und Gesellschaft	171
Modul V: Kursabschluss	174

I. Übergreifende Zielvorstellungen

Nach dem von der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 31. Mai/1. Juni 2007 in Berlin gebilligten Konzept „Bundeseinheitliche Standards für das Einbürgerungsverfahren“ ist die Vermittlung staatsbürgerlichen Grundwissens sowie der Grundsätze und Werte unserer Verfassung das Ziel des Einbürgerungskurses. Die dort vermittelten Kenntnisse dienen dem Erwerb des für das Bekenntnis zum Grundgesetz notwendigen Verständnisses von Prinzipien und Aufbau des deutschen Staatswesens sowie der damit in Zusammenhang stehenden gesellschaftspolitischen Prozesse. Der Einbürgerungskurs soll die Einbürgerungsbewerber in die Lage versetzen, ihre staatsbürgerlichen

Rechte und Pflichten erkennen und aktiv wahrnehmen zu können. Das Rahmencurriculum trägt dieser Zielsetzung in Aufbau und Ausgestaltung Rechnung.

II. Maßgaben für das Curriculum

1) Verknüpfung mit dem Integrationskurs/Orientierungskurs

Der Einbürgerungskurs baut auf den Themen des Orientierungskurses nach § 43 Abs. 3 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes auf. Er umfasst somit die Themenbereiche „Leben in der Demokratie“ (im Orientierungskurs: „Politik in der Demokratie“), „Geschichte und Verantwortung“ und „Mensch und Gesellschaft“. Während der Orientierungskurs vor allem grundlegende Kenntnisse vermittelt, behandelt der Einbürgerungskurs die Themenbereiche erweiternd, vertiefend und mit Blick auf zukünftige staatsbürgerliche Handlungsmöglichkeiten. Der Schwerpunkt liegt dabei im Bereich „Leben in der Demokratie“. Behandelt werden sollen insbesondere die Themen:

- Demokratie,
- Grundrechte,
- Konfliktlösung in der demokratischen Gesellschaft,
- Rechtsstaat,
- Sozialstaat,
- Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl,
- Teilhabe an der politischen Gestaltung,
- Gleichberechtigung von Mann und Frau,
- Staatssymbole.

2) Aufbau des Curriculums

Das Curriculum gliedert sich in die nachfolgenden fünf Module:

Modul I:	Einführung in den Kurs
Modul II:	Leben in der Demokratie
	Teil 1: Demokratie und Teilhabe an der politischen Gestaltung
	Teil 2: Rechte und Pflichten
	Teil 3: Konfliktlösung in der demokratischen Gesellschaft
	Teil 4: Besonderheiten des Bundeslandes
Modul III:	Geschichte und Verantwortung
Modul IV:	Mensch und Gesellschaft
Modul V:	Kursabschluss

Die Lerninhalte der Module II bis IV sind um Schlüsselthemen angeordnet. Diese umfassen die Kerninhalte des Einbürgerungskurses, mit denen die notwendigen Kenntnisse und das zugehörige Verständnis erworben werden sollen. Die Schlüsselthemen stehen mit den weiteren Lerninhalten in enger inhaltlicher Verbindung. Von ihnen ausgehend sollen die Einzelthemen des jeweiligen Moduls im Unterricht behandelt werden.

Die Auswahl der im Curriculum vorgegebenen Themen für den Einbürgerungskurs orientiert sich an der Fragestellung, welche konkreten Lerninhalte unter die Vorgaben „staatsbürgerliches Grundwissen“ sowie „Grundsätze und Werte unserer Verfassung“ fallen. Lerninhalte mit speziellem Bundeslandbezug werden berücksichtigt, allerdings nur solche, die in Zusammenhang mit demokratischen Teilhabemöglichkeiten stehen. Die länderspezifischen Lerninhalte können in Kooperation mit den Landeszentralen für politische Bildung entwickelt werden.

a. Leben in der Demokratie

Der Bereich „Leben in der Demokratie“ bildet den Kernbereich des Einbürgerungskurses. Die Lerninhalte sind auf die späteren staatsbürgerlichen Partizipationsmöglichkeiten der Einbürgerungsbewerber ausgerichtet. Das heißt, dass vor allem Art und Bedeutung der verschiedenen Beteiligungsformen am politisch-gesellschaftlichen Leben in Deutschland (Wahlen, Partei- und Vereinsmitgliedschaften etc.) aufgezeigt werden sollen. Darauf aufbauend ist der Rahmen darzustellen, innerhalb dessen sich die Partizipation des Neubürgers am Gemeinwesen vollzieht, nämlich die grundlegenden Prinzipien, Werte und Normen (Grundrechte, Rechte und Pflichten, Konfliktlösung), die zentralen Funktionsmechanismen der parlamentarischen Demokratie sowie ihr Aufbau und ihre Strukturen.

b. Geschichte und Verantwortung

Für das Verstehen der bundesrepublikanischen Gegenwart sollen wichtige Stationen der jüngeren deutschen Geschichte, insbesondere der Weg zur parlamentarischen Demokratie, als Wissenshintergrund vermittelt werden. Dabei wird Bezug genommen auf das Parlament in der Paulskirche 1848/49 und seinen Einfluss auf das Grundgesetz sowie auf die unterschiedliche Stellung der Volksvertretung im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Am Beispiel der nationalsozialistischen Diktatur werden die Folgen der Negierung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und die daraus resultierende Verantwortung zum Erhalt der demokratischen Verfassung aufgezeigt. Als wichtige Stationen der deutschen Nachkriegsgeschichte sollen neben der Gründung der Bundesrepublik die Themen DDR, deutsche Teilung und Wiedervereinigung vermittelt werden. Grundsätzlich sollen nicht historische Daten, sondern geschichtliche Zusammenhänge im Mittelpunkt dieses Kursmoduls stehen. Da die Geschichte Deutschlands ganz wesentlich durch Zuwanderung geprägt worden ist, wird auch das Thema Migrationsgeschichte in den Themenkatalog aufgenommen. Dieses Thema stellt zudem einen guten Anknüpfungspunkt an die persönliche Migrationsgeschichte der Kursteilnehmer dar. Der Entwicklungsprozess der Bundesrepublik Deutschland soll im Zusammenhang mit dem Fortgang der europäischen Einigung und der wachsenden Bedeutung der europäischen Integration vermittelt werden. Daneben erhält dieses Thema seine Relevanz durch die Tatsache, dass Ausländer mit der Einbürgerung nicht nur deutsche Staatsangehörige, sondern – sofern es sich um Drittstaatsangehörige handelt – auch EU-Bürger werden.

c. Mensch und Gesellschaft

In diesem Themenfeld wird auf grundlegende Aspekte der gesellschaftlichen Kultur bzw. des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland eingegangen. Diese thematische Ausrichtung trägt auch der Prägung Deutschlands durch Migrationsprozesse Rechnung, weshalb die an dieser Stelle im Konzept benannten Lerninhalte dem Kernbestand staatsbürgerlichen Grundwissens zugerechnet werden.

Wichtige Inhalte aus dem Modul „Leben in der Demokratie“, z. B. einzelne Grundrechte oder das Thema „Umgang mit Konflikten“, sind aufzugreifen und in Bezug zum gesellschaftlichen Miteinander im interkulturellen Kontext zu setzen. Neben Themen des religiösen und kulturellen Zusammenlebens im föderalen Deutschland soll auch der kulturelle Wandel infolge von Zuwanderung verdeutlicht werden. Um den Blick stärker auf die gesellschaftliche Dimension von Kultur zu richten, ist auch das Thema Bildung in den Lerninhalte katalog aufgenommen worden. Bildung soll als zentrale Voraussetzung zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlich-politischen Leben in Deutschland vermittelt werden.

3) Voraussetzungen auf Seiten der Teilnehmer

a. Sprachliche Voraussetzungen

Teilnehmer am Einbürgerungskurs sollten über das Sprachniveau B1 nach dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) verfügen. Nur so ist gewährleistet, dass sowohl das Unterrichtsmaterial hinreichend verstanden als auch den Ausführungen von Lehrkräften und Mitlernenden angemessen gefolgt werden kann. Insbesondere im Bereich Leseverstehen sollte das Sprachniveau B1 sicher beherrscht werden.

b. Selbstständiges Lernen

Obgleich alle Inhalte des Einbürgerungstests Gegenstand des Kurses sind, sollten die Teilnehmer in der Lage sein, sich grundlegender Lerntechniken zu bedienen, wie etwa Nachschlagen in einem Wörterbuch oder in Lexika, selbstständiges Mitschreiben im Unterricht, Organisation des Arbeitsplatzes und der Arbeitsmaterialien, selbstständiges Vor- und Nachbereiten sowie Wiederholen des Unter-

richtsstoffes. Diese Lerntechniken ermöglichen den Teilnehmern eine individuelle und intensive Vorbereitung auf den Test über das Geschehen im Kurs hinaus und erhöhen die Bestehensancen bei der abschließenden Prüfung.

c. Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit im Kurs

Der handlungsorientierte Ansatz des Einbürgerungskurses erfordert die Bereitschaft des Einzelnen, sich aktiv in die Gestaltung des Unterrichtsgeschehens einzubringen. Nur so können die Teilnehmer umfassend von der Vermittlung der Inhalte im Kurs profitieren.

4) Methodisch-didaktische Prinzipien im Einbürgerungskurs

Die methodisch-didaktische Ausgestaltung des Einbürgerungskurses orientiert sich an folgenden grundlegenden Prinzipien:

■ Teilnehmerorientierung

Die Ausrichtung der Themen und ihre Ausgestaltung orientieren sich an der Lebenswelt der Teilnehmer („Anschlusslernen“). Die Erfahrungen und Vorkenntnisse der Teilnehmer werden stets berücksichtigt.

■ Handlungs- und Subjektorientierung

Die Teilnehmer sollen angeregt werden, sich aktiv in das Unterrichtsgeschehen einzubringen und an dessen Gestaltung zu partizipieren. Eine solche Aktivierung kann mittels Rollenspielen, Projekten etc. erreicht werden. Das Lernen wird als ganzheitlicher Prozess betrachtet, bei dem der Weg der Teilnehmer zur eigenständigen Erkenntnis im Mittelpunkt des Interesses steht.

■ Multiperspektivische Themenaufbereitung

Der Unterricht sollte nicht zu einer eindimensionalen Darstellung einer (Mehrheits-) Meinung führen, sondern kontroverse Standpunkte deutlich machen und diskutieren. Die Teilnehmer sollten an geeigneten Stellen dazu angeleitet werden, Perspektivwechsel in der Sache vorzunehmen und so Grundvoraussetzungen für Verständnis und Toleranz einzuüben.

■ Verwendung erwachsenengerechter Unterrichtsformen

Das Verhältnis zwischen Teilnehmern und Lehrkräften ist durch respektvollen Umgang im Sinne einer Lernpartnerschaft gekennzeichnet. Der Austausch erfolgt stets auf gleicher Augenhöhe und anerkennt die Kompetenzen des Gegenübers sowie ihren Nutzen für den Lernprozess.

■ Einsatz wechselnder Sozialformen

Der Einsatz wechselnder Sozialformen ermöglicht die Auswahl einer für die Vermittlung des jeweiligen Lerngegenstandes geeigneten Form, die zudem das selbstständige Erarbeiten von Lerninhalten durch die Teilnehmer fördern soll. Bei der Auswahl und Gestaltung der Sozialformen sind die bisherigen Lernerfahrungen und die Lernvoraussetzungen der Teilnehmer zu berücksichtigen.

■ Einsatz vielfältiger Methoden

Angesichts der Vielzahl und der Vielschichtigkeit der Themen des Einbürgerungskurses ist eine Vielfalt an Methoden für eine adäquate Vermittlung der Inhalte notwendig, deren jeweilige Auswahl im Ermessen der Lehrkraft steht. Methodenauswahl bedeutet auch ein Eingehen auf die Bedürfnisse und Bedarfe der jeweiligen Kursgruppe.

Um Faktenwissen und Wissen um Zusammenhänge im Bereich Politik, Geschichte und Kultur verständlich vermitteln zu können, sind die im Kurs eingesetzten Materialien unter folgenden Gesichtspunkten aufzubereiten:

■ Sprachlich einfache Ausdrucksweise

Mit Rücksichtnahme auf einen unterschiedlichen Sprachstand der Teilnehmer im Deutschen sollten sich alle Unterrichtsmaterialien am Sprachniveau B1 des GER orientieren und sprachdidaktisch überarbeitet sein. Trotz der Notwendigkeit des Einsatzes von Fachvokabular sollte die im Kurs gepflegte Sprache und Ausdrucksweise möglichst einfach gehalten werden.

■ Elementarisieren des Unterrichtsgegenstandes

Der behandelte Gegenstand wird auf die grundlegenden Aspekte beschränkt, die zu seinem Verstehen notwendig sind.

■ Induktives Vorgehen

Das Erschließen des Unterrichtsstoffes sollte zumeist anhand konkreter Beispiele durch ein induktives Vorgehen erfolgen.

■ Visualisieren

Bei der Aufbereitung der Themen und Inhalte steht Anschaulichkeit im Mittelpunkt. Dies kann durch den Einsatz verschiedener Medien (Print, Film, Fernsehen, Fotos, Statistiken, Graphiken etc.) befördert werden.

5) Kursumfang

Der Einbürgerungskurs umfasst 60 Unterrichtseinheiten (UE) à 45 Minuten. Es wird empfohlen, eine tägliche Unterrichtszeit von 6 UE nicht zu überschreiten. Damit wird ein entsprechender zeitlicher Rahmen geschaffen, um die vorgesehenen Inhalte gegenüber dem 45 UE umfassenden Orientierungskurs erweiternd und vertiefend sowie mit Hilfe teilnehmerorientierter Methoden zu behandeln.

Modul I:	Einführung (1,5 UE)
Modul II:	Leben in der Demokratie (insgesamt 33 UE)
	Teil 1: Demokratie und Teilhabe an der politischen Gestaltung (11 UE)
	Teil 2: Rechte und Pflichten (9 UE)
	Teil 3: Konfliktlösung in der demokratischen Gesellschaft (7 UE)
	Teil 4: Besonderheiten des Bundeslandes (6 UE)
Modul III:	Geschichte und Verantwortung (13 UE)
Modul IV:	Mensch und Gesellschaft (11 UE)
Modul V:	Kursabschluss (1,5 UE)

6) Gestaltung der Unterrichtszeiten

Auf Basis eines Kursumfangs von 60 UE à 45 Minuten können verschiedene Zeitmodelle für die Durchführung des Einbürgerungskurses angeboten werden, um vor allem in Regionen mit hohem Ausländeranteil und größerem Einbürgerungspotenzial die unterschiedlichen Bedürfnisse und Präferenzen der Teilnehmer (Berufstätige, Mütter mit Kindern etc.) berücksichtigen zu können. Es wird folgendes differenziertes Angebot vorgeschlagen:

- Kompakte Vollzeitkurse über zwei Wochen mit jeweils 30 UE (6 UE pro Tag), geeignet vor allem für Schnelllerner, Personen, die nicht an Abendkursen teilnehmen können, und Nichterwerbstätige;
- Teilzeitkurse in Form von Abendkursen über 15 Wochen mit jeweils 4 UE, geeignet vor allem für Berufstätige;
- Teilzeitkurse in Form von Wochenendkursen über sechs Wochenenden mit jeweils 10 UE, geeignet für Personen, die nicht an Abendkursen teilnehmen können, z. B. Beschäftigte im Schichtdienst;
- Vormittagskurse über drei Wochen mit jeweils 20 UE, geeignet vor allem für Hausfrauen/Hausmänner mit schulpflichtigen Kindern.

III. Themenbereiche und Lernziele (Module)

Modul I: Einführung - Umfang: 1,5 UE

Die Kursteilnehmer und Kursleiter sollen sich zunächst kennenlernen und in einem offenen Gespräch ihre Erwartungen im Hinblick auf den Einbürgerungskurs und die Einbürgerung artikulieren. Nach der Vorstellung des Kursverlaufs werden erste lebensnahe Informationen in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland, das jeweilige Bundesland und die Kommune erarbeitet, um den Einstieg in das folgende Modul vorzubereiten.

Übergeordnete Lernziele/Schlüsselthemen

Nach Abschluss des Moduls „Einführung“ sind folgende übergeordnete Lernziele erreicht:

Die Kursteilnehmer (KT) ...

- kennen den Kursablauf.
- kennen die Erwartungen, die mit der Einbürgerung, der deutschen Staatsangehörigkeit sowie dem Einbürgerungskurs verbunden werden.

In diesem Modul steht die Auseinandersetzung mit folgenden Schlüsselthemen im Zentrum:

- Erwartungen und Interessen des deutschen Staates und der Gesellschaft
 - o bzgl. der Einbürgerung
 - o bzgl. des Einbürgerungskurses
- Informationen zu Deutschland (Strukturdaten)
 - o Daten und Fakten zum persönlichen Lebensumfeld (Stadt/Gemeinde)
 - o Daten und Fakten zur Bundesrepublik und zu den Bundesländern
 - o Vertiefungswissen: Bundesland

Modul II: Leben in der Demokratie - Umfang: 33 UE

Teil 1: Demokratie und Teilhabe an der politischen Gestaltung - Umfang: 11 UE

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt hier auf dem Verständnis des Staatsaufbaus der Bundesrepublik Deutschland als Voraussetzung für eine Teilhabe an der politischen Gestaltung. Ausgehend von dem Wissen um die institutionelle Ordnung des politischen Systems und seine funktionalen Zusammenhänge gilt es in den einzelnen Lernzielbereichen ein Verständnis politischer Entscheidungsprozesse aufzubauen, das sowohl die Entscheidungsträger und ihre Legitimation als auch die Beteiligten an der politischen Willensbildung umfasst. Das Kennenlernen verschiedener Elemente der demokratischen Gesellschaftsordnung zielt dabei auf die Entwicklung oder Erweiterung von Kompetenzen, die notwendig sind, um Partizipationsmöglichkeiten bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme erkennen und wahrnehmen zu können.

a. Übergeordnete Lernziele/Schlüsselthemen

Nach Abschluss dieses Modulabschnitts sind die folgenden übergeordneten Lernziele erreicht:

Die Kursteilnehmer (KT) ...

- kennen den Aufbau des demokratischen, föderativen Systems, die wichtigsten Staatsorgane und Staatsämter und deren Bedeutung, die Staatssymbole, die Grundzüge der Parteienlandschaft und des deutschen Wahlsystems.
- erkennen die Notwendigkeit der Gewaltenteilung für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates.
- kennen die Möglichkeiten zur Teilhabe an der politischen Gestaltung und reflektieren diesbezüglich die Vorteile, die die deutsche Staatsangehörigkeit mit sich bringt.

- wissen um die Bedeutung der gesellschaftlich-politischen Partizipation für das Funktionieren des demokratischen Systems.

Die übergeordneten Lernziele sollen durch die Auseinandersetzung mit den folgenden Schlüsselthemen erreicht werden:

- Parlamentarische Demokratie, Staatsaufbau und föderales System der Bundesrepublik Deutschland
- Erfahrungen der Kursteilnehmer mit politischen Partizipationsmöglichkeiten
- Möglichkeiten der Beteiligung: Wahlen, Parteien, Bürgerinitiativen, Verbände, Vereine, politische Stiftungen, Gewerkschaften, Demonstrationen (Vorteile der deutschen Staatsangehörigkeit)
- Informationsvermittlung als Basis der Teilhabe

b. Themen - Feinlernziele - Lerninhalte

Thema	Feinlernziele	Lerninhalte	Verweise	UE
Demokratie und Staatsaufbau	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ wissen, dass Deutschland eine parlamentarische, repräsentative Demokratie ist. ■ verstehen die Grundprinzipien der demokratischen Ordnung und wissen um ihre Bedeutung für Freiheit und Gerechtigkeit. ■ kennen die grundlegenden Unterschiede zu totalitären Staatsformen. ■ wissen, dass die zentralen Grundsätze der Demokratie im Grundgesetz als der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland formuliert sind. ■ kennen die Bedeutung der Gewaltenteilung für das demokratische System (auch im historischen Kontext). 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Merkmale der Demokratie in Deutschland: repräsentativ/parlamentarisch ■ Artikel 20 GG, Volkssouveränität, Repräsentativsystem, Mehrheitsprinzip, streitbare und wehrhafte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit ■ Unterschiede zur Monarchie, Diktatur ■ Grundgesetz als Verfassung ■ Staatsaufbau und Gewaltenteilung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ III. Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 1945; Die Zeit des Nationalsozialismus und ihre Folgen ■ II. 2 Grundrechte und Grundgesetz 	3
Föderalismus	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ wissen, dass es in der Bundesrepublik 16 Bundesländer gibt und kennen deren Namen. ■ wissen, dass in jedem Bundesland ein eigenes Landesparlament und eine eigene Landesregierung gewählt werden. ■ wissen, dass die Bundesländer über den Bundesrat bei der Gesetzgebung mitwirken. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Deutschland als Bundesstaat (Art. 20 Abs. 1 GG) ■ Bundesrat: Mitwirkung der Bundesländer an der Gesetzgebung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ III. Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 1945 	1
Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland und ihre Aufgaben	<p>KT...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ kennen die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland und sind 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Aufgaben und Funktionen des Bundestags: Regierungs- 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 2 Rechtsstaatsprinzip ■ III. Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 	3

	<p>mit ihrer Zusammensetzung und ihren grundsätzlichen Aufgaben vertraut.</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ wissen um die rechtsstaatliche Bindung und Gesetzmäßigkeit von Regierung und Verwaltung. 	<p>bildung, Gesetzgebung, Willensbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Aufgaben der Bundesregierung: politische Zielsetzungen, Initiativen, Umsetzung von Beschlüssen ■ Aufgaben und Funktionen des Bundesrats: Beteiligung der Länder und Kontrolle ■ Aufgabe und Funktion des Bundesverfassungsgerichts: kontrolliert das Regierungshandeln hinsichtlich der Verfassungskonformität/Einhaltung von Grundrechten ■ Rolle und Aufgaben des Staatsoberhauptes: Repräsentation der Bundesrepublik im In- und Ausland, Impulse für gesellschaftlichen Dialog 	<p>1945; Deutschland in Europa</p>
<p>Wahlen und Parteien</p>	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ kennen und verstehen die wichtigsten Funktionen demokratischer Wahlen. ■ kennen die Prinzipien des deutschen Wahlsystems. ■ kennen in Grundzügen System und Ablauf der Bundestags- und Europawahlen. ■ kennen die im Bundestag vertretenen Parteien und wissen, wie sie sich Informationen über sie verschaffen können. ■ kennen die wesentlichen Aufgaben der Parteien im politischen Willensbil- 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Grundfunktion von Wahlen: Wahl/Abwahl der Regierung ■ Prinzipien des deutschen Wahlsystems: allgemein, unmittelbar, frei, gleich, geheim ■ Wahlsystem und Wahlablauf bei Bundestags- und Europawahl ■ Parteien im Bundestag ■ Aufgabe und Bedeutung der Parteien bei der politischen Willensbildung: Öffentlichkeitsarbeit, Bündelung und Artikulation von Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 2 Bürgerrechte und weitere Grundrechte ■ II. 3 Konflikte in der Politik ■ III. Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 1945

	<p>dungsprozess und erörtern sie exemplarisch.</p> <ul style="list-style-type: none"> ■kennen die wichtigsten Grundsätze des Parteiensystems. 	<ul style="list-style-type: none"> ■Wichtige Grundsätze des deutschen Parteiensystems: Mehrparteienprinzip, Verfassungstreue 		
<p>Staatssymbole</p>	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■kennen die Staatssymbole des Bundes und den Text der Nationalhymne. ■kennen die Symbole des jeweiligen Bundeslandes. 	<ul style="list-style-type: none"> ■Symbole des demokratischen Deutschland: Nationalhymne, Bundesfarben, Bundessiegel ■Symbole der Bundesländer 	<ul style="list-style-type: none"> ■III. Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 1945 	<p>1</p>

c. Schlüsselbegriffe

Mehrheitsprinzip, Richtlinienkompetenz, Volkssouveränität, freiheitliche demokratische Grundordnung, Rechtsstaat, Verhältniswahl, Fünf-Prozent-Hürde, Koalition, Opposition, Vertrauensfrage, Ehrenamt/bürgerschaftliches Engagement, Bundesstaat, Teilhabe

Modul II: Leben in der Demokratie

Teil 2: Rechte und Pflichten - Umfang: 9 UE

Anhand anschaulicher Beispiele werden in diesem Modul Inhalt und Bedeutung der Grundrechte vermittelt und der Aufbau des Grundgesetzes erläutert. Die Kursteilnehmer entwickeln praxisnah ein tieferes Verständnis für die staatsbürgerlichen Pflichten und die Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl. Das Zusammenspiel zwischen Rechtsstaatsprinzip, Grundrechten, staatsbürgerlichen Pflichten und dem Bemühen des Staates um soziale Gerechtigkeit soll reflektiert und erörtert werden.

a. Übergeordnete Lernziele/Schlüsselthemen

Nach Abschluss dieses Modulabschnitts sind folgende übergeordnete Lernziele erreicht:

Die Kursteilnehmer (KT) ...

- kennen den Aufbau des Grundgesetzes (GG) und wissen, dass die Grundrechte in den Artikeln 1 bis 19 verankert sind.
- sind mit den Begriffen Freiheits- und Gleichheitsrechte, Menschenrechte und Bürgerrechte/„Deutschenrechte“ vertraut.
- sind besonders vertraut mit den Artikeln 1 bis 6 GG.
- verstehen die Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips, den grundlegenden Wert gegenseitiger Toleranz und des Schutzes der Menschenwürde (Art. 1 GG) für das friedliche Zusammenleben in der Bundesrepublik Deutschland.
- erkennen in den staatsbürgerlichen Pflichten notwendige Forderungen an den Einzelnen für den Erhalt des Gemeinwohls.
- wissen um Möglichkeiten und die Wichtigkeit, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen.
- verstehen im Sozialstaatsprinzip das Bemühen des Staates um soziale Gerechtigkeit.
- reflektieren die persönliche Inanspruchnahme von Grundrechten anhand aktueller Debatten.

In diesem Kursteil steht die Auseinandersetzung mit folgenden Schlüsselthemen im Zentrum:

- Aufbau des Grundgesetzes (GG)
- Verankerung der Grundrechte im GG: Art. 1-19
- Rechtsstaatsprinzip
- Achtung der Menschenwürde und gegenseitige Toleranz als Grundpfeiler des Zusammenlebens
- staatsbürgerliche Pflichten als Spiegel der Grund- und Menschenrechte; Verantwortung für das Gemeinwohl
- Sozialstaatsprinzip und soziale Gerechtigkeit
- Bezug zu aktuellen Debatten

b. Themen - Feinlernziele - Lerninhalte

Thema	Feinlernziele	Lerninhalte	Verweise	UE
Rechtsstaatsprinzip	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ verstehen, dass staatliches Handeln an Gesetze gebunden ist, dem Prinzip der Rechtsgleichheit unterliegt und dies durch die Unabhängigkeit der Gerichte gewährleistet wird. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bindung staatlichen Handelns an Gesetze ■ Rechtsschutz für alle Staatsangehörigen durch unabhängige Gerichte ■ Rechtsgleichheit 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 1 Demokratie und Staatsaufbau ■ II. 3 Konflikte vor Gericht ■ III. Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 1945; Die Zeit des Nationalsozialismus und ihre Folgen 	1
Grundrechte und Grund-gesetz	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ kennen den Aufbau des Grundgesetzes. ■ sind vertraut mit Inhalt und Wesen der Grundrechte, besonders der Art. 1-6. ■ reflektieren die Schranken der Grundrechte und erkennen die Spannungsfelder zwischen den einzelnen Grundrechten. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Menschenwürde als Leitprinzip der Verfassung (Art. 1 GG) ■ Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt (Art. 1 Abs. 3 GG) ■ Gewährleistung der allgemeinen Handlungsfreiheit und Recht auf aktive Gestaltung der Lebensführung (Art. 2 GG) ■ Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 Abs. 1 GG) ■ Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Art. 3 Abs. 2 GG) ■ Diskriminierungsverbote (Art. 3 Abs. 3 GG) ■ Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4 Abs. 1 GG) ■ Recht auf ungestörte Religionsausübung (Art. 4 Abs. 2 GG) ■ Bedeutung der Meinungs-, Informations-, Presse-, Kunst- und Forschungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 und 3 GG) für die freiheitliche demokratische Grundordnung ■ Ehe, Familie, nichteheliche Kinder (Art. 6 GG) ■ Toleranzprinzip 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 1 Wahlen und Parteien ■ II. 3 Konfliktlösung ■ III. Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 1945; Die Zeit des Nationalsozialismus und ihre Folgen ■ IV. Familie und gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland; Bildung in Deutschland; Religiöse Vielfalt in Deutschland 	3

		<ul style="list-style-type: none"> ■ Grundrechte im Spannungsfeld zueinander (z. B. Rauchverbot, Lärmbelästigung, Kopftuchdebatte, Definition von Kunst, „Schmähekritik“) 		
Bürgerrechte („Deutschenrechte“) und weitere Grundrechte	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ wissen, dass es Rechte gibt, die an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden sind, die z. T. über Art. 2 GG oder andere Gesetze auch für Ausländer gelten. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, Zugang zu öffentlichen Ämtern (Art. 33 GG) ■ Begriff „Deutscher“ (Art. 116 GG) ■ Wahlrecht (Art. 38 Abs. 2 GG) ■ Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) ■ Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG) ■ Freizügigkeit im Bundesgebiet (Art. 11 Abs. 1 GG) ■ Freie Berufswahl (Art. 12 Abs. 1 GG) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 1 Wahlen und Parteien ■ III. Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 1945; Die Zeit des Nationalsozialismus und ihre Folgen 	2
Staatsbürgerliche Pflichten und Sozialstaat	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ wissen, dass an das Leben in einer Gemeinschaft zur Wahrung des Gemeinwohls Pflichten geknüpft sind. ■ verstehen die Bedeutung von Elternpflicht, Schulpflicht, Wehrpflicht, Zivildienst und den Grundsatz „Eigentum verpflichtet“. ■ kennen die Grundzüge des Sozialstaatsprinzips. ■ wissen um die Pflichten der Bezieher von Sozialleistungen. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gleiche Rechte und Pflichten als Staatsangehöriger (Art. 33 Abs. 1 GG) ■ Elternpflicht (Art. 6 Abs. 2 GG) ■ Schulpflicht (Art. 7 GG) ■ Wehrpflicht, Zivildienst (Art. 12a GG) ■ Eigentum verpflichtet (Art. 14 Abs. 2 und 3 GG, Art. 15 GG) ■ Steuerpflicht ■ Gesetzestreue ■ Sozialstaatsprinzip: Fürsorgepflicht des Staates und staatliches Bemühen um soziale Gerechtigkeit ■ Pflichten der Bezieher von Sozialleistungen 		2
Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ erkennen die Bedeutung staatsbürgerlicher und sonstiger Ehrenämter für das Gemeinwohl und wis- 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Staatsbürgerliche Ehrenämter: z. B. Wahlhelfer, ehrenamtliche Richter/Schöffen, politisches Ehrenamt 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 1 Wahlen und Parteien ■ II. 1 Politische Teilhabe auf kommunaler Ebene 	1

	sen, wie sie Zugang zu diesen erlangen können.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sonstige Ehrenämter: Einsatz bei Katastrophenfällen (THW, DRK etc.) ■ Vereine 	
--	--	--	--

c. Schlüsselbegriffe

Rechtsstaatsprinzip, Rechtsgleichheit, Menschenwürde, Toleranz, Grundrechtsbindung, freie Persönlichkeitsentfaltung, allgemeine Handlungsfreiheit, Gleichberechtigung, Diskriminierungsverbot, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit/Informationsfreiheit, Freiheit der Wissenschaft, Schutz von Ehe und Familie, Bürgerrechte/„Deutschenrechte“, Sozialstaatsprinzip, Fürsorgepflicht des Staates, soziale Gerechtigkeit, Gemeinwohl, Ehrenamt, Wahlhelfer, Schöffe(n), Katastrophenfall

Modul II: Leben in der Demokratie

Teil 3: Konfliktlösung in der demokratischen Gesellschaft - Umfang: 7 UE

Der Umgang mit Konflikten im demokratischen Rechtsstaat ist ein wichtiger gesellschaftspolitischer Teilbereich, der für alle in Deutschland lebenden Menschen unmittelbar im Alltag erfahrbar werden kann. Daher ist es zunächst sinnvoll, sich die Bandbreite von möglichen Konflikten und die Ebenen, auf denen sich diese abspielen können, bewusst zu machen. Konflikte und mögliche Wege zu deren friedlicher Lösung sollen in diesem Teil des Kurses beispielhaft konkretisiert werden. Daraus lassen sich Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit sowie ein Verständnis des Zusammenhangs der Lösungswege mit den Grundrechten und Werten der deutschen Verfassung herleiten. Die Teilnehmer sollen dazu angeregt werden, die Folgen verschiedener Wege der Konfliktbewältigung und Konfliktlösung zu durchdenken. Der Bezug zu spezifischen Problemstellungen ihrer Lebenswelt bildet die Leitlinie für die Auswahl des Unterrichtsmaterials.

a. Übergeordnete Lernziele/Schlüsselthemen

Nach Abschluss dieses Modulabschnitts sind die folgenden übergeordneten Lernziele erreicht:

Die Kursteilnehmer (KT) ...

- kennen verschiedene Ebenen der Konfliktaustragung in der demokratischen Gesellschaft.
- erkennen die grundlegende Bedeutung der Verbindung von Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten und Möglichkeiten der Konfliktaustragung für die bundesrepublikanische Gesellschaftsordnung.
- reflektieren verschiedene Arten des Umgangs mit Konflikten anhand ausgewählter Beispiele.

In diesem Kursteil steht die Auseinandersetzung mit folgenden Schlüsselthemen im Zentrum:

- Möglichkeiten des Umgangs mit Konflikten
- Bedeutung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit für die Möglichkeiten der Konfliktbewältigung

b. Themen - Feinlernziele - Lerninhalte

Thema	Feinlernziele	Lerninhalte	Verweise	UE
Lebensweltbezogene Konflikte	KT ...	<ul style="list-style-type: none"> ■ Veranschaulichung verschiedener Verfahren 	<ul style="list-style-type: none"> ■ IV. Familie und gesellschaftliches Zu- 	3

	<ul style="list-style-type: none"> ■ kennen verschiedene Arten von lebensweltbezogenen Konflikten und deren Akteure. ■ sind sich der Regeln und Verhaltensspielräume beim Umgang mit diesen Konflikten bewusst. ■ reflektieren verschiedene Verfahren zur Bewältigung dieser Konflikte. 	<p>zur Konfliktbewältigung anhand lebensweltbezogener Konfliktsituationen</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Gewaltlosigkeit als Prinzip der Konfliktlösung ■ Kompromisse am Ende eines Diskussionsprozesses ■ Mehrheitsprinzip 	sammenleben in Deutschland	
Konflikte vor Gericht	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ wissen, dass Konfliktlösungen immer innerhalb des Rahmens von Recht und Gesetz gefunden werden müssen. ■ verstehen, warum das Gewaltmonopol allein beim Staate liegen muss. ■ kennen Akteure und Spielregeln einer Konfliktaustragung vor Gericht. ■ reflektieren die Bedeutung von Gerichtsprozessen für die Bewältigung oder Lösung von Konflikten. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bindung der Konfliktbewältigung an Recht und Gesetz ■ Gewaltmonopol des Staates: Durchsetzung von Recht und Gesetz durch Ordnungsbehörden, Polizei und Bundespolizei ■ Gerichtsprozess und Gerichtsentscheid (Beispiele) 	■ II. 2 Rechtsstaatsprinzip	2
Konflikte in der Politik	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ kennen eine Reihe von Beispielen für Konflikte in der Politik. ■ kennen eine Reihe von Akteuren und Ebenen der Austragung politischer Konflikte im demokratischen Rechtsstaat. ■ reflektieren demokratische Verfahren zum Umgang mit politischen Konflikten. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Konflikte in Innenpolitik und Außenpolitik, aktuelle Debatten ■ Diskussionsprozesse in Parlamenten, Parteien, Verbänden, Vereinen und Medien ■ Willens- und Meinungsbekundung in Demonstrationen ■ Einflussmöglichkeiten über Bürgerinitiativen, Schiedsgerichte 	■ II. 2 Rechtsstaatsprinzip	2

c. Schlüsselbegriffe

Konfliktbewältigung, Mehrheitsprinzip, Kompromiss, Gerichtsentscheid, Gewaltmonopol des Staates, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit

Modul II: Leben in der Demokratie

Teil 4: Besonderheiten des Bundeslandes - Umfang: 6 UE

Dieser Teil hat die bundeslandspezifische Vertiefung des Wissens um demokratische Teilhabemöglichkeiten zum Ziel. Das einzelne Bundesland, in dem der Einbürgerungskurs durchgeführt wird, erhält an dieser Stelle Freiraum zur inhaltlichen Ausgestaltung unter Berücksichtigung der übergeordneten Lernziele und Schlüsselthemen. Auf diese Weise werden den Teilnehmern Bedeutung und Stellenwert der föderalen Struktur Deutschlands in der Politik und im Alltag bewusst.

a. Übergeordnete Lernziele/Schlüsselthemen

Nach Abschluss dieses Modulabschnitts ist folgendes übergeordnete Lernziel erreicht:

Die Kursteilnehmer (KT) ...

- kennen spezifische Partizipationsmöglichkeiten in ihrem Bundesland.

In diesem Kursteil steht die Auseinandersetzung mit folgenden Schlüsselthemen im Zentrum:

- besondere Teilhabemöglichkeiten im Bundesland
- kommunale Möglichkeiten der politischen Teilhabe

b. Themen - Feinlernziele - Lerninhalte

Thema	Feinlernziele	Lerninhalte	Verweise	UE
Politische Teilhabe auf kommunaler Ebene	KT ... ■ kennen in Grundzügen die Gliederung und Zuständigkeiten der kommunalen Verwaltung. ■ kennen Instrumente der Bürgerbeteiligung. ■ reflektieren exemplarisch Mitwirkungsmöglichkeiten im konkreten Lebensumfeld.	■ Organe und Zuständigkeiten kommunaler Verwaltung (Grundzüge) ■ Möglichkeiten der politischen Betätigung im Lebensumfeld: Arbeit in Vereinen, Verbänden, Parteien; Teilnahme an Wahlen; Bürgerantrag, -begehren, -entscheid; sachkundiger Bürger	■ II. 1 Wahlen und Parteien	5
Volksbegehren und Volksentscheid	KT ... ■ kennen den Ablauf von Volksbegehren und Volksentscheid.	■ Themen von Volksbegehren, Durchführung, Quoren, Fristen	II. 1 Föderalismus	1

c. Schlüsselbegriffe

kommunale Verwaltung, Bürgerbeteiligung, Bürgerantrag, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid, Volksbegehren, Volksentscheid, Quorum

Modul III: Geschichte und Verantwortung - Umfang: 13 UE

Zur Erlangung eines tieferen Verständnisses für die deutsche Gegenwart und für den Prozess der Einigung Europas zur Verwirklichung von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit sollen grundlegende Phasen und Ereignisse der deutschen Geschichte und insbesondere der Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland erörtert und reflektiert werden. Dies soll unter Bezugnahme auf die Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland und mit Blick auf die Ausbildung einer parlamentarischen Demokratie erfolgen. So soll beispielsweise der Zusammenhang zwischen dem Paulskirchenparlament 1848/49 und der Entstehung des Grundgesetzes aufgezeigt werden. Dazu gehört auch das Wissen, dass dem Parlament im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik jeweils eine unterschiedliche politische Bedeutung zukam und dass mit der nationalsozialistischen Diktatur die Prinzipien Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufgehoben und darüber hinaus mit Terror und menschenverachtenden Mitteln ideologische Vorstellungen durchgesetzt wurden. Hieraus resultiert eine besondere Verantwortung für den Erhalt der demokratischen Verfassung. Schließlich sollen Bedeutung und Einfluss der deutschen Teilung sowie des europäischen Einigungsprozesses auf die Gegenwart der Bundesrepublik Deutschland verstanden und reflektiert werden.

a. Übergeordnete Lernziele/Schlüsselthemen

Nach Abschluss des Moduls „Geschichte und Verantwortung“ sind folgende übergeordnete Lernziele erreicht:

Die Kursteilnehmer (KT) ...

- lernen die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im historischen und europäischen Kontext kennen.
- erkennen in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zusammensetzung und politischen Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland das Ergebnis einer historischen Entwicklung.
- reflektieren die Migrationsgeschichte vor dem Hintergrund des Entwicklungsprozesses der Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Kursteil steht die Auseinandersetzung mit folgenden Schlüsselthemen im Zentrum:

- Vorstellungen der KT vom Zusammenhang von Geschichte und Gegenwart sowie Verortung ihrer biografischen Erfahrungen als Teil gelebter Geschichte
- die Bundesrepublik Deutschland als Ergebnis historischer Entwicklungen
- Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in den europäischen Kontext

b. Themen - Feinlernziele - Lerninhalte

Thema	Feinlernziele	Lerninhalte	Verweise	UE
Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 1945	<p>KT...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ wissen, dass wichtige Elemente der bundesrepublikanischen Demokratie ihren Ursprung 1848/49 im Paulskirchenparlament haben. ■ wissen, dass mit dem deutschen Kaiserreich zwar der Nationalstaat, nicht aber die parlamentarische Demokratie verwirklicht wurde. ■ wissen, dass mit der Weimarer Republik erstmalig die parlamentarische Demokratie in Deutschland verwirklicht wurde. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Paulskirchenparlament 1848/49: <ul style="list-style-type: none"> o Erster Versuch zur Gründung eines demokratischen Nationalstaates in Deutschland o Verabschiedung einer Verfassung inkl. Grundrechte o Staatssymbolik Schwarz-Rot-Gold o Scheitern am Widerstand der herrschenden Fürsten in Deutschland ■ Deutsches Kaiserreich: <ul style="list-style-type: none"> o Gründung des ersten deutschen Nationalstaates o allgemeines (Männer-) Wahlrecht o Parlament ohne Kompetenz zur Regierungsbildung o Ende im Ersten Weltkrieg ■ Weimarer Republik: <ul style="list-style-type: none"> o erste parlamentarische Demokratie o Verfassung inkl. Grundrechte o Scheitern durch soziale Not (Weltwirtschaftskrise) und politischen Extremismus 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 1 Föderalismus, parlamentarische Demokratie, Wahlen und Parteien ■ II. 2 Grundrechte und Grundgesetz 	2
Die Zeit des Nationalsozialismus und ihre Folgen	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ kennen den Erfahrungshintergrund der Bundesrepublik Deutschland. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ NS-Diktatur: Aufhebung der Rechtsordnung, Gleichschaltung, Holocaust, Zweiter Weltkrieg, Emigration 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 1 Demokratie und Staatsaufbau 	2

	<ul style="list-style-type: none"> ■ erkennen, dass die Normen und Werte der NS-Zeit im Widerspruch zum GG stehen. ■ erkennen die große Verantwortung für einen demokratischen Neuanfang, der eine Wiederholung der Geschichte unmöglich machen soll. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Besetzung durch alliierte Siegermächte 1945-1949: drei Westzonen, eine Ostzone, Teilung Berlins 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 2 Rechtsstaatsprinzip 	
Gründung der Bundesrepublik Deutschland	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ wissen, dass mit der Gründung der Bundesrepublik die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt wurde, die durch die NS-Diktatur außer Kraft gesetzt wurde. ■ verstehen die bis heute damit verbundene Verantwortung. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kapitulation ■ „Stunde Null“ ■ Demokratischer Neubeginn: Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, Grundgesetz, freie Wahlen, freie Presse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 1 Demokratie und Staatsaufbau; Föderalismus ■ II. 2 Rechtsstaatsprinzip; Grundrechte und Grundgesetz ■ III. Wurzeln der Demokratie in Deutschland vor 1945 	1
Wichtige Stationen der Nachkriegsgeschichte	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ kennen die Grundzüge der historischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. ■ wissen um die Teilung Deutschlands und die Spaltung Europas. ■ kennen die Grundzüge der Entwicklung, die zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Einigung Europas geführt haben. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Aufbau der zerstörten Infrastruktur ■ Kalter Krieg ■ Bundesrepublik Deutschland: <ul style="list-style-type: none"> o Hilfe der USA (Marshall-Plan) o Einführung der Sozialen Marktwirtschaft / Währungsreform / „Wirtschaftswunder“ o Westintegration (NATO) o Entspannungspolitik ■ Deutsche Demokratische Republik: <ul style="list-style-type: none"> o Ostintegration (Warschauer Pakt) o Sozialistisches System, Einpartei-enstaat 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 1 Föderalismus 	4

		<ul style="list-style-type: none"> o Volksaufstand ■ Eiserner Vorhang: Flüchtlinge, Mauerbau 1961 ■ Zerfall des Ostblocks ■ Maueröffnung / Wiedervereinigung 		
Deutschland in Europa	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ kennen die Grundzüge der Entwicklung der Europäischen Union. ■ kennen die vier Freiheiten des Binnenmarktes. ■ wissen, dass Drittstaatsangehörige mit der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit auch EU-Bürger werden. ■ kennen wichtige Stationen der europäischen Integration und deren Motive. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Überwindung alter Gegensätze ■ Unionsbürgerschaft ■ EWG, EG, EU ■ Gemeinsamer Markt ohne Binnengrenzen: Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Arbeitnehmerfreizügigkeit / Freiheit des Kapitalverkehrs ■ Währungsunion und Eurozone ■ EU-Erweiterung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 1 Wahlen und Parteien 	2
Migrationsgeschichte	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ kennen die Grundzüge der Geschichte der Migration nach Deutschland. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verschiedene Migrantengruppen in Deutschland: <ul style="list-style-type: none"> o Arbeitsmigranten o (Spät-) Aussiedler / Flüchtlinge / Vertriebene o Asylbewerber / Bürgerkriegsflüchtlinge o jüdische Zuwanderer o ausländische Studierende o EU-Binnenmigranten 	<ul style="list-style-type: none"> ■ IV. Kultur im föderalen Deutschland 	2

c. Schlüsselbegriffe

Gründung der Bundesrepublik Deutschland, Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Teilung/Wiedervereinigung Deutschlands, europäische Einigung, demokratischer Neubeginn, Nachkriegszeit, Staatsformen, Nationalsozialismus/NS-Diktatur, Holocaust, „Stunde Null“, Rechtsstaatlichkeit, Währungsreform, Eiserner Vorhang, geteiltes Deutschland, Besatzung, Europäische Union, gemeinsamer Markt, Eurozone, EU-Erweiterung, Migrationsgeschichte, Arbeitsmigranten, (Spät-) Aussiedler, Flüchtlinge, Vertriebene, Asylbewerber/Bürgerkriegsflüchtlinge, jüdische Zuwanderer, Parlament in der Paulskirche, deutsches Kaiserreich, Weimarer Republik, Weltwirtschaftskrise

Modul IV: Mensch und Gesellschaft - Umfang: 11 UE

Das Modul „Mensch und Gesellschaft“ zielt auf verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland. Die Teilnehmer setzen sich mit Interkulturalität und kulturellem Wandel auseinander. Der Kulturbegriff ist im Sinne der Einbürgerungswilligen so aufzufassen, dass er Bereiche einschließt, die das Leben der Teilnehmer maßgeblich beeinflussen. Sie sollen veranlasst werden, bisherige Erfahrungen ihres Lebens in Deutschland einzuordnen und gezielt auf ein friedliches und gemeinschaftliches Miteinander hin zu reflektieren. Diese Auseinandersetzung kann zu einem Nachdenken über die eigene Verortung in diesem kulturellen Umfeld beitragen und insbesondere den Blick auf bereits wahrgenommene oder zukünftig wahrnehmbare Teilhabechancen lenken.

a. Übergeordnete Lernziele/Schlüsselthemen

Nach Abschluss des Moduls „Mensch und Gesellschaft“ sind folgende übergeordnete Lernziele erreicht:

Die Kursteilnehmer (KT) ...

- erkennen die Prägungen Deutschlands auch infolge von Migrationsprozessen.
- reflektieren ihre eigene Verortung in der Aufnahmegesellschaft und die eigene Bereitschaft, sich als Teil einer pluralistischen Gesellschaft zu verstehen.

In diesem Kursteil steht die Auseinandersetzung mit folgenden Schlüsselthemen im Zentrum:

- regionale Vielfalt
- kultureller Wandel Deutschlands durch Zuwanderung und ethnische Minderheiten
- Verortung der KT in ihrem kulturellen Umfeld
- Formen des Zusammenlebens
- religiöse Vielfalt
- Bildung

b. Themen - Feinlernziele - Lerninhalte

Thema	Feinlernziele	Lerninhalte	Verweise	UE
Kultur im föderalen Deutschland	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ erkennen, dass die Bundesrepublik Deutschland über vielfältige regionale Besonderheiten und Unterschiede verfügt. ■ wissen um den stetigen kulturellen Wandel und reflektieren gesellschaftliche Reaktionen auf diesen Wandel. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Lokale und regionale Besonderheiten in Deutschland ■ Stetiger Wandel von Kultur ■ Kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Zusammenhang mit Migrationsprozessen ■ Interkulturalität im gesellschaftlichen Zusammenleben 	<ul style="list-style-type: none"> ■ III. Migrationsgeschichte 	
Familie und gesellschaftliches Zusammenleben in Deutschland	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ kennen unterschiedliche Formen des Zusammenlebens von Menschen in Deutschland. ■ kennen Aufgaben und Funktionen der Familie in Deutschland. ■ reflektieren die Rollenverteilung in der Familie im Hinblick auf die Gleichberechtigung aller Familienmitglieder. ■ erkennen die Bedeutung der Aufgabe der Erziehung von Kindern. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Familien (-formen), Ehe, Scheidung, Emanzipation der Frau ■ Gleichheit, Gleichberechtigung, Antidiskriminierungsgebot ■ Diskussions-, Streit- und Konfliktkultur ■ Erziehung und Verantwortung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 3 Lebensweltbezogene Konflikte ■ II. 2 Grundrechte und Grundgesetz; Rechtsstaatsprinzip 	3
Religiöse Vielfalt in Deutschland	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ wissen um die religiöse Vielfalt in Deutschland und haben einen Überblick über die Verbreitung verschiedener Religionen in Deutschland. ■ reflektieren die Bedeutung der Religion im Alltag und im gesellschaftlichen Zusammenleben in Deutschland. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Konfessionen/Religionen in Deutschland: Christentum (kath., ev.), Islam, Judentum u. a. ■ Religionsausübung, Rolle von Religionsgemeinschaften, unterschiedliche Organisationsformen des religiösen Lebens in Deutschland 	<ul style="list-style-type: none"> ■ II. 3 Lebensweltbezogene Konflikte 	3

	<ul style="list-style-type: none"> ■reflektieren Toleranz als wichtigsten Grundsatz des friedlichen Zusammenlebens der Religionen. 	<ul style="list-style-type: none"> ■Trennung von Kirche und Staat ■Interreligiöser Dialog und konfessionelle Konflikte 	
Bildung in Deutschland	<p>KT ...</p> <ul style="list-style-type: none"> ■kennen Informationsmöglichkeiten über Bildungsangebote. ■erkennen die Bedeutung von Bildung und lebenslangem Lernen für die persönliche Entwicklung und den beruflichen Erfolg in Deutschland. ■reflektieren die Verantwortung der Familie für den Bildungserfolg der Kinder. 	<ul style="list-style-type: none"> ■Schul- und Ausbildungssystem in Deutschland ■Erwachsenenbildung ■Stellenwert und Wertschätzung von Bildung ■Bedeutung von gleichberechtigtem Zugang zu Bildung ■Gleichberechtigte Bildung von Mann und Frau 	2

c. Schlüsselbegriffe

Regionale und lokale Besonderheiten, Interkulturalität, kultureller Wandel, Diskussions-/Streit-/Konfliktkultur, Emanzipation, Toleranz, Konfessionen, Religionen, Religionsausübung, Trennung von Kirche und Staat, interreligiöser Dialog, Zugang zu Bildung

Modul V: Kursabschluss - Umfang: 1,5 UE

Der Kursabschluss gibt Raum, auf noch offengebliebene Fragen einzugehen und die Kursteilnehmer auf das weitere Verfahren vorzubereiten. Hier sollte auch die Möglichkeit zu einem gegenseitigen Feedback genutzt werden. Bestandteil dessen soll eine schriftliche Evaluation sein.

Übergeordnete Lernziele/Schlüsselthemen

Nach dem Modul „Kursabschluss“ sind folgende übergeordnete Lernziele erreicht:

Die Kursteilnehmer (KT) ...

- wissen, welche weiteren Schritte zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit notwendig sind.
- kennen Möglichkeiten zur Weiterbildung.

In diesem Kurs steht die Auseinandersetzung mit folgenden Schlüsselthemen im Zentrum:

- Einbürgerung - Wie geht es weiter?
 - o Vorbereitung auf den Einbürgerungstest
 - o Abschluss des Verfahrens: Einbürgerungsfeier
- Möglichkeiten zur Weiterbildung
 - o Bundeszentrale/Landeszentralen für politische Bildung
 - o Politische Stiftungen
 - o Bildungsträger vor Ort
 - o Literatur/Online-Angebote
- Feedback und Evaluation

Anlage 2 EinbTestV wird von folgenden Dokumenten zitiert

Gesetze Bundesrecht

§ 1 EinbTestV, gültig ab 01.09.2008